DORTMUNDER BEITRÄGE ZUR RAUMPLANUNG

38

W. Gryczan/O. Reutter/E. Brunn/M. Wegener (Hrsg.)

Zukünfte für alte Industrieregionen

Raumentwicklungsstrategien in der Diskussion

IRPUD

Arnold Voß

TEILWEISE SPANNEND - INSGESAMT WIRKUNGSLOS

REZENSION DER TAGUNG ARPUD 83

Ich bin von der Herausgebergruppe dieses Buches gebeten worden, meine mündlichen Auslassungen am Ende der hier zu besprechenden Tagung noch einmal schriftlich niederzulegen. Da mit dem Niederschreiben geäußerter Gedanken neue - womöglich präzisere oder weiterführende - entstehen, wird der folgende Text nicht in allen Teilen genau dem entsprechen, was ich auf der Tagung gesagt habe. Das dort Gesprochene gilt vielmehr als Ausgangspunkt und Grundlage für die hier niedergeschriebenen Zeilen.

Ich habe zu Beginn meines Tagungsbeitrages bewußt pointiert die Bewertungsformeln "teilweise spannend - insgesamt wirkungslos" gesetzt. Ich werde sie im ersten Teil dieses Textes noch einmal erläutern, um dann im zweiten Teil meine Kritik konstruktiv in eigene Überlegungen zur Rolle der Raumplanung in Krisenregionen wie dem Ruhrgebiet zu wenden. Dies kann in Anbetracht meines beschränkten Wissensstandes jedoch nur skizzenhaft geschehen, als Anregung zu weiteren eigenen und fremden analytischen Anstrengungen.

Ich habe in den fachlichen Tagungsbeiträgen drei krisenstrategische Positionen wahrgenommen, die man parolenhaft wie folgt skizzieren könnte:

1. Die Krise durch den Klassenkampf stoppen! (Position Klemmer)

2. Die Krise für einen marktwirtschaftlichen Reinigungsprozeß ausnutzen! (Position Bömer)

3. Die Krise in einen radikalen alternativ-ökologischen Innovationsprozeß umwandeln! (Position Lutz, Blume, Gryczan)

Unabhängig davon, daß alle drei Positionen noch nicht die Konkretisierungsstufe erreicht haben, die nötig ist, um die in der Tagespolitik befindlichen Ruhrgebietsverantwortlichen zu einer ernsthaften Änderung ihrer "bewährten" Durchwurstelstrategie zu bewegen, enthält jede für sich schon im konzeptionellen Ansatz ein Durchsetzungsdilemma. Hat die erste Strategie, nicht zuletzt aufgrund ihrer marxistischen Analysemethodik, relativ plausible und umfassende Ursachenerklärung zu bieten, so bleibt sie doch in ihrer Lösungskonzeption in einem Verstaatlichungsmodell hängen, daß ohne korrespondierende gesamtgesellschaftliche Veränderungen in der Wirtschaftsweise und den sozipolitischen Verhältnissen nur zu einer womöglich noch größeren Neuauflage des bekannten Ruhrgebietsfilzes führen würde. Die zweite Strategie hat trotz ihrer eklektizistischen Ursachenanalyse eine für den zynischen Realisten und Nichtbetroffenen zwar überzeugenderes - weil geschichtlich schon häufiger erprobtes - Lösungskonzept. Dieses ließe sich jedoch - und als Betroffener sage ich zum Glück - von den herrschenden politischen Kräften der Ruhrgebietsregion nur um den Preis des eigenen Niederganges durchsetzen. Die dritte Strategie, die zwar ebenso wie die zweite keine überzeugende Ursachenanalyse, dafür aber ein umso bedrohlicheres Szenario für den Fall ihrer Nichtbefolgung vorlegen konnte, ist, was ihre politische Geschichte betrifft, vergleichsweise unbelastet. Dafür ist sie aber auch praktisch bislang unerprobt und somit risikoreich und undurchschaubar. Sie verlangt obendrein von ihren Adressaten nicht nur die Veränderung der äußeren Verhältnisse, sondern auch die Selbstveränderung, den Kampf mit der inneren Systemanpassung, was ihre Umsetzung gerade im Ruhrgebiet noch schwieriger macht. Es gibt kaum eine Region, in der die Gewöhnung der Bewohner an die tagtägliche Zerstörung der Natur und der räumlichen Umwelt so weit fortgeschritten ist.

Alle drei Krisenstrategien haben zusätzlich zu diesen verschiedenen inneren Dilemmata ein gemeinsames äußeres: sie kommen zu spät, um in beabsichtigter Weise wirksam werden zu können. Die klassenkämpferische Abwendung der Krise ist eben, wenn

*) Fehler der Herausgeber

tion von einer arbeitsplatzvernichtenden Umstrukturierung des Ruhrgebietes warnte, mit der auch Bömer, seines Zeichens Gewerkschaftsvertreter, in seinem Tagungsbeitrag den Erhalt des größten Teils der Stahlarbeitsplätze begründet. Es war nämlich der zukünftige Bedarf der noch zur Industrialisierung anstehenden Entwicklungsländer, die der metallproduzierenden und der metallverarbeitenden Ruhrgebietsindustrie noch über das Jahr 2000 hinaus Entwicklungschancen bieten sollte. Unabhängig davon, wie man zur weiteren Industrialisierung der Dritten Welt steht, wollte ich mit diesem Hinweis keineswegs darauf hindeuten, daß die Wirtschaftskapitäne des Ruhrgebietes diese Region so in ihr Herz geschlossen haben, daß sie ihre Profitinteressen zurückzustellen bereit wären. Die Geschichte des Ruhrgebietes hat das genaue Gegenteil bewiesen, und das aktuelle Verhalten von Kapitaleignern und Managern steht konsequent in dieser Tradition. Es ist auch die spezifische regionale Herrschafts- und Politikstruktur, die die im letzten Teil der Tagung vorgetragenen praktischen Beispiele kombinierter Raum- und Bewußtseinsveränderung (Hardt Walther Hämer und Co.) aus Berlin nur sehr begrenzt übertragbar erscheinen lassen. Nicht, daß es im Ruhrgebiet nicht ähnliche Problemlagen gäbe, die ähnliche Lösungen verlangen. Es hat im Ruhrgebiet aber nicht eine Hausbesetzerbewegung gegeben, die eine solch große politische Sprengkraft zur Folge hatte, daß sie noch nach ihrem Abebben genügend (Erinnerungs-) Angst erzeugt, um die etablierten politischen Kräfte zu kostspieligen städtebaulichen und sozialpolitischen Experimenten zu zwingen.

Es gibt in dieser Region auch keine mit anderen großstädtischen Ballungsräumen vergleichbare soziale, bauliche oder kulturelle Experimentiertradition, geschweige denn eine politische. Auf diesem Gebiet ist das Ruhrgebiet erst seit kurzem aus dem provinziellen Tiefschlaf erwacht. Freie Stadtraumentwicklung wie sie Ekkehard Brunn in seinem Beitrag vorschlägt, wird deswegen im Ruhrgebiet auch vorerst die absolute Ausnahme bleiben. Finanziert nicht als Pilotprojekt in bewußter Absicht der Verbreitung, sondern aus purer Hilflosigkeit gegenüber der Krise, oder als alternativ-ökologisches Feigenblatt.

Es gibt für das Ruhrgebiet keine Krisenlösung aus eigener Kraft, und es gibt zur Zeit auch keine genügend große Hilfe von außen.Das ist das Dilemma. Das einzige, was vorerst gelingen könnte, ist ein regionalistischer Protest gegen die Krisenauswirkungen, der produktivere Regionen mittels nationaler und internationaler politischer und ökonomischer Reorganisationsprozesse dazu bringen könnte, einen Umstrukturierungsprozeß mitzufinanzieren, der nicht auf Kosten der Bevölkerung und der noch verbliebenen natürlich-räumlichen Lebensbedingungen geht. Ein solcher politischer und ökonomischer Reorganisationsprozeß muß aber weiter gehen als der, den Tjaden in seinem Beitrag skizziert hat. Er muß die räumliche Dimension sogar in besonderer Weise berücksichtigen, ohne gleichzeitig den vom ihm aufgezeigten kapitalistischen Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

Eine vertikale Konfliktanalyse, die sich im wesentlichen am Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital orientiert, reicht nämlich keineswegs aus, um das Widerstandspotential gegen eine marktwirtschaftliche Reinigungsstrategie zu bestimmen. Noch weniger hilft sie, die mit dem Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie verbundenen Interessenunterschiede innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung zu überwinden.

Diese Aufgabe bleibt jedoch unabhängig von den kurzfristigen und mittelfristigen praktischen Wirkungsbeschränkungen der auf der Tagung vorgestellten Konzepte akut. Gerade die zunehmende Fragmentierung und Differenzierung der Krisenbetroffenheit innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung macht ein Integrationskonzept notwendig, das sowohl die alten als auch die neuen Widerstandskräfte trotz ihrer unterschiedlichen Interessenlagen auf mögliche Verbindungen und zumindest teilweise oder zeitlich verschobene Bedürfnisgleichheiten hinzuweisen in der Lage ist. Meiner Einschätzung nach könnte ein solches Integrationskonzept aus der verstärkten Berücksichtigung der räumlichen Dimension des krisenhaften Wirkungszusammenhangs gefunden werden. Ich möchte deshalb versuchen, einen anderen Analyseweg aufzuzeigen, der den materiell-räumlichen Gebrauchswertzusammenhang und das damit verbundene räumliche Bewußt-

sein der Ruhrgebietsbewohner in den Mittelpunkt stellt. Die objektive örtliche Alternativlosigkeit der Mehrzahl der in der Region ansässigen Bürger und ihre dadurch begründete subjektive sozialräumliche Bindung an diesen Lebensraum gilt dabei als erster Ausgangspunkt meiner Überlegungen.

Der Bewohner einer Region, der sowohl Produzent als auch Reproduzent in einer Person ist, kann sich dem räumlichen Gebrauchswertzusammenhang der kapitalistischen Wirtschaftsweise nur beschränkt entziehen. Das Auto, das seine Atemluft verpestet, baut er selbst; die Kraftwerke, die seine Erholungsräume zerstören, produziert er selbst; die Straßen, die seine Wohngebiete zerschneiden, errichtet er selbst; das Gift, das seine Umwelt und seine Nahrungsmittel verseucht, erzeugt er selbst; und so weiter, und so weiter. Es ist dieser räumlich-materielle Gebrauchswertzusammenhang einer Region, der Produktion und Reproduktion für die Bewohner alltäglich erfahrbar miteinander vermittelt. Dieser räumliche Gebrauchswertzusammenhang alltäglicher Lebensorganisation schafft von daher die Möglichkeit, die bewußtseinsmäßige Trennung zwischen den verschiedenen Lebenstätigkeiten, vor allem aber die Abtrennung der Arbeitswelt von allen anderen menschlichen Wirkungsbereichen, zu durchbrechen, und genau hierin liegt die wesentliche subjektive Voraussetzung für die notwendige Verbindung der alternativ-ökologischen und der klassenkämpferischen Strategie. Erst die Bewußtwerdung der Zusammenhänge zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre macht nämlich wieder sichtbar, daß Form und Inhalt der Produktion eine Einheit bilden, das heißt daß die entfremdete Tauschwertproduktion unter der Herrschaft der privaten Geldvermehrung den Menschen dazu bringt, Dinge zu produzieren, die seinen Bedürfnissen nicht gerecht werden, ja seine Lebensgrundlagen zerstören können. Das Kapital und seine Agenten können aufgrund ihrer privaten Einzelrationalität nur den jeweiligen Tätigkeitsbereich sehen und organisieren, in dem sie investiert haben. Der Bewohner dagegen existiert nur in der Gesamtheit der von ihm verrichteten gegenständlichen und geistigen Tätigkeiten, und er kann sich auch nur ihr ihrer Gesamtheit als Mensch verwirklichen.

Politik als Ausdruck des menschlichen Willens, des subjektiven Faktors gegenüber der historisch gegebenen und nach den Prinzipien der Ökonomie organisierten materiellen und sozialen Umwelt ist deswegen von ihren Organisatoren immer räumlich verfaßt gewesen, auf die Bedürfnisse konkreter Menschen in einem konkreten Lebensraum und den damit gegebenen Gebrauchswertzusammenhang bezogen. Dieses politisch-räumliche Integrationsmoment menschlicher Existenz und die damit verbundene materielle und soziale Orientierung ist gerade für die Raumplanung konstitutiv. Sie muß es in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen, wenn sie aus fachlicher Sicht Wege aus der Ruhrgebietskrise aufzeigen will. Dazu muß sie aus räumlicher Sicht die Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise aufzeigen. Der Nutzungskonflikt zwischen den Lebenstätigkeiten Wohnen und Arbeiten ist hierfür ein prototypisches Beispiel.

Der räumliche Zusammenhang dieser beiden Tätigkeitsbereiche, dem sich die Mehrzahl der Ruhrgebietsbewohner nicht entziehen kann, macht nämlich in besonderer Weise den Widerspruch zwischen dem nur auf die abstrakte Geldvermehrung gerichteten Produktionsbereich und den sonstigen räumlichen Bedürfnissen der menschlichen Lebensentfaltung deutlich. Der Produzent zerstört durch seine Arbeitstätigkeit gleichzeitig die Voraussetzung für seine sonstigen Lebenstätigkeiten außerahlb der Produktion, wenn er nicht darauf achtet, was er und mit welchen Folgen produziert. Im Ruhrgebiet gibt es für dieses Problem in der Alltagssprache einen häufig gebrauchten Satz: "Was er mit den Händen aufbaut, schmeißt er mit dem Arsch wieder um". Eine auf die Bedürfnisse der Bewohner bezogene räumliche Organisation der Lebenstätigkeiten wiederspricht von daher der brachenorientierten und sektoralen Verwertungsweise der Ökonomie. Lebensräume-orientierte politische Rationalität wird jedoch im Kapitalismus von sektoraler ökonomischer Rationalität dominiert. Die Bewohner, die nicht über produktives Eigentum verfügen, müssen sich von daher nicht nur in ihren jeweiligen einzelnen Lebenstätigkeiten den privaten und sektoralen Verwertungsinteressen unterwerfen, sondern auch bei der lebensweltlichen Integration all dieser Tätigkeiten zu einem ganzheitlichen ma-

teriellen und sozialen Raumzusammenhang kommen. Die Bewohner eines Territoriums werden dadurch nicht nur in doppelter Weise materiell ausgebeutet, sie werden auch in ihrer psychischen Existenz bedroht. Letzteres wird innerhalb der Raumplanung nur ungenügend thematisiert. Ich möchte deswegen meinen weiteren regionalspezifischen Schlußfolgerungen einige allgemeine und normative Überlegungen voranstellen.

Die psychische Existenz, sprich: die Subjektwerdung des Menschen, entsteht in einer Kette unzähliger Lebenssituationen, in denen sich das Individuum mit seiner Umwelt auseinandersetzt. Diese Lebenssituationen bilden, verbunden durch die Dimension Zeit und Raum, die Lebenswelt des Individuums aus. Nimmt man die Zeit dabei nicht nur als kontinuierlich fortschreitende Folge von Zeiteinheiten, sondern auch als durch Wiederholung bestimmte rhythmische Lebenseinteilung, so läßt sich die Lebenswelt in verschiedene Situationsbereiche gliedern. Diese, durch sich wiederholende Lebenstätigkeiten bestimmten Situationsbereiche werden mit anderen Menschen geteilt und bilden einen kollektiv erfahrbaren Lebensraum. Seine materielle Existenz kann der Mensch in diesem Lebensraum nur sichern, wenn seine produktiven und reproduktiven Tätigkeiten in einen seine Lebens- und Arbeitsbedingungen erhaltenden Gebrauchswertzusammenhang, in ein sinnvolles materielles Ganzes von natürlicher, gebauter und technischer Umwelt eingebettet sind. Seine psychische Existenz sichert der Raumbewohner als gestaltendes und integrierendes Subjekt dieses Gebrauchswertzusammenhangs. Gelingen kann dies jedoch nur in einer demokratischen Raumverfassung, die auch dem einzelnen Individuum eine wirksame Mitbestimmung an diesem kollektiven Gestaltungs- und Integrationsprozeß ermöglicht. Durch ihn entsteht räumliche Identität nicht nur im Sinne der von anderen Gegenden unterscheidbaren Besonderheiten, sondern auch als psychisches Existenzmoment des Raumbewohners, als Teil seiner personalen Identität, seiner eigenen von anderen Menschen unterscheidbaren subjektiven Besonderheit.

Indem die Bewohner in ihrem Lebensraum ihre individuelle und kollektive Besonderheit realisiert und gewahrt haben, wird dieser Raum gleichzeitig auch für andere, für den Besucher, Gast oder Reisenden, identifizierbar, nicht um der Unterscheidbarkeit willen, sondern als von Subjekten geprägter Raum, die in seiner Gestaltung ihre jeweils eigene Besonderheit und ihre Besonderheit als demokratisches Gemeinwesen ausgedrückt haben. Räumliche Identität wird auf diese Weise zur kulturellen und politischen Identität im Sinne situationsübergreifender lebensweltlicher Autonomie und lebensweltlichen Wir-Gefühls, die den Lebensraum als eigenen Raum, als Raum, der mich angeht, mit dem ich mich identifizieren kann, ansieht. Die Gestaltung dieses Raumes schließt von daher auch seine Verteidigung gegen Änderungen ein, die von den Bewohnern nicht gewollt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch eine sozialräumliche Perspektivverschränkung mit anderen Bewohnern. Sie ist der menschliche Kern räumlicher Bindung und Identifikation. Der Lebensraum ist von daher für den Bewohner vor allem ein sozialer Raum, die lebensrechtliche Gliederung des Raumes eine sozialräumliche Gliederung. Dort, wo dem Menschen durch kollektive Gestaltung nicht nur die Erstellung und Integration eines materiellen Gebrauchswertzusammenhanges, sondern auch und gleichzeitig eine sozialräumliche Perspektivverschränkung gelingt, entsteht für ihn ein Ort, gelingt ihm die Identifikation mit seiner räumlichen Umwelt. Für das Ruhrgebiet gilt in bezug auf die erfolgreiche Ortsbindung des Raumbewohners erst einmal das, was für die kapitalistische Raumökonomie im allgemeinen gilt. Die durch sie verursachte räumliche und soziale Trennung der alltäglichen Lebenstätigkeiten hat die identitätsstiftende raumzeitliche Integrierbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche zu einem sozialräumlichen Lebenszusammenhang erheblich erschwert, wenn nicht sogar ganz unmöglich gemacht. Ebenso hat sie den materiellen Gebrauchswertzusammenhang so weit zuerstört, daß die physische Existenz der Raumbewohner in hohem Maße gefährdet ist. Die mit der ökonomischen Entwicklung eng verbundene Zentralisierung der staatlichen Verwaltung hat gleichzeitig die lokale Autonomie der Raumbewohner eingeschränkt. Diese auf diese Weise doppelt eingeschränkte räumliche Autonomie der Lebenswelt wurde durch die zunehmende Verrechtlichung der verschiedenen Lebenstätigkeiten auch in den einzelnen Lebenssituationen fortgesetzt. Die

demokratisch vermittelte sozialräumliche Integration der Lebenstätigkeiten durch die Bewohner, die Ortsbildung durch Integration von unten, wurde auf diese Weise immer mehr eingeschränkt. Die gleichzeitige Verengung der sozialen Perspektivverschränkung auf die Kleinfamilie und der zunehmende Mobilitätszwang durch die kapitaldominierte Standortbildung hat die Ortsbindung der Raumbewohner auf wenige partielle Objektbezüge reduziert oder zur Ersatzidentifikation gemacht. Die raumbezogene politische Identität als Bürger einer bestimmten Gemeinde hat für die Mehrzahl ihrer Bewohner nur noch Symbolwert; sie ist nicht mehr vom Gestaltungswillen der räumlichen Lebenswelt geprägt, geschweige denn basiert sie auf der realen Möglichkeit, sie zu verändern oder sie zu bewahren.

Die kapitalistische Ökonomie widerspricht in ihrer Organisationsform aber nicht nur einer lebensweltorientierten, basisdemokratischen politischen Kultur, sie hat gleichzeitig auch, wie jede hierarchisch organisierte Gesellschaftsform zu einer spezifischen, quer zur räumlichen Orientierung des Menschen verlaufenden und mit ihr konfligierenden politischen Identitätsfindung geführt. Kapitalistische Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen sind nämlich raumübergreifend geworden, haben vor keinem Ort in keinem kapitalistischen Land Halt gemacht. Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, im Ruhrgebiet gerade jetzt wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins gerückt, schafft identitätsstiftende Zusammenschlüsse, die für die politische Orientierung der davon direkt Betroffenen von größerer Bedeutung sind als die Einschränkung ihrer lebensräumlichen Autonomie als Ganzes. Diese vertikale Konfliktlinie der Ruhrgebietsbewohner und ihre damit verbundene gesellschaftliche Subjektstruktur darf man jedoch nicht von dem in meinem Ortsbegriff thematisierten horizontalen Gebrauchswertzusammenhang lösen. Die räumlichen Gebrauchswertkonflikte sind zwar Ausdruck einer herrschaftlich organisierten Form der Produktion sie sind in der kapitalistischen Produktionsweise wesentlich verursacht; ihr zerstörerischer Wirkungszusammenhang aber wird nur dann mit dieser Ursache verknüpft, wenn die Produzenten sich eben nicht nur als Produzenten verstehen, wenn sie den Kampf um ihre materielle Existenz nicht nur auf den Arbeitsplatz, auf die gewerkschaftlich verfaßte Form der Auseinandersetzung beschränken, sondern ihn als Raumbewohner führen, als auf einen Lebensort angewiesene Subjekte. Die treibende Kraft, und hier liegt, was meine obigen Ausführungen betrifft, das regional-geschichtlich Besondere des Ruhrgebietes, sehe ich in der zwar gebrochenen, aber dennoch überdurchschnittlich großen Identifikation der Bewohner mit ihrem Lebensraum.

Die räumliche Identität der meisten Ruhrgebietsbewohner ist dabei zu vorderst mit ihrem unmittelbaren Wohnbereich, mit "ihrem" Stadtteil verknüpft. Im Gegensatz zur Arbeitswelt ist dieser Lebensbereich auch unter objektiven regionalen Vergleichsmaßstäben für viele noch lebenswert. Selbst wenn sie könnten, so wollten sie dort nicht weg, und wenn sie um ihren Arbeitsplatz zu kämpfen gezwungen sind, so nicht in der Mehrzahl deswegen, weil sie dort einer sinnvollen und zufriedenstellenden Tätigkeit nachgehen, sondern weil ihnen diese Arbeitsplätze die wesentliche Voraussetzung für ihr Bleiben in diesen Stadtteilen gewährleisten. Die ökonomische Abhängigkeit vom Arbeitsplatz ist zwar für die, die noch im Produktionsprozeß stehen und/oder finanziell darauf angewiesen sind, sicher das hauptsächliche Widerstandsmotiv. Die Kraft für die damit verbundenen Auseinandersetzungen jedoch schöpft die Mehrzahl der Betroffenen aus dem sozialräumlichen Lebenszusammenhang ihres Wohnortes. Über ihn gehen sie auch eine Bindung zu dem materiellen Gebrauchswertzusammenhang ein, der durch diesen Wohnort gebildet wird. Beim Kampf vieler Arbeiter um den Erhalt ihrer Wohnsiedlungen ging es deswegen nicht nur um den Bestand an preiswertem Wohnraum, sondern um das Bleiben in einem solidarischen sozialräumlichen Zusammenhang. Das gleiche Motiv steht auch hinter den zunehmenden Kämpfen der Ruhrgebietsbewohner gegen die Umweltzerstörung in ihrem Lebensraum. Wer im Ruhrgebiet bleiben will oder muß, der ist von der Arbeitsplatzvernichtung gleichermaßen betroffen wie von der Umweltzerstörung. Er ist auf Dauer gezwungen, seine räumliche Lebenswelt als Ganzes zu verteidigen. Die Gesamtheit

der im Ruhrgebiet stattfindenden Auseinandersetzungen ist deswegen unter dem Aspekt als raumbezogener regionalistischer Widerstand zu sehen, in dem die Bewohner sich selbst und die sie umgebende natürliche und gebaute Umwelt gegen ein komplexes Ausbeutungssystem verteidigen. Ein integratives Oberziel für all diese Auseinandersetzungen wäre das, was ich oben als idealtypisch als Ort skizziert habe. Die Integration selbst kann jedoch nur entlang der konkreten Auseinandersetzungen und der damit verbundenen Unterschiede und Konflikte geschehen. Die Widersprüche zwischen ökologischen und gewerkschaftlichen Belangen gilt es dabei nicht zu übertünchen, sondern unter der Zielbestimmung des Lebensortes Ruhrgebiet produktiv auszutragen.

Von daher sind gesamträumliche und gesamtstrategische Gegenkonzepte zur herrschenden Krisenbewältigung, selbst wenn sie schon in konkreter Form vorhanden wären als heute, nur von beschränkter praktischer Nützlichkeit. Ihre Orientierungsfunktion ist dagegen nicht zu unterschätzen. Zum einen können sie - das gilt zum Beispiel für die Tagungsbeiträge von Blume und Gryczan - einige wichtige argumentative Hilfen gegen die geistige und ideologische Hegemonie der herrschenden marktwirtschaftlich orientierten Reinigungsstrategie sein. Zum anderen können sie dabei helfen, unproduktive und unnötige Konflikte bei einem erfahrungsorientierten Integrationsprozeß von unten zu vermeiden. Eine solche Wirkung können gesamträumliche Strategiekonzepte, und hier konkretisiere ich die Pointierung meiner Eingangsformel, nur dann erzielen, wenn die, die an ihr arbeiten, auch eine unmittelbare inhaltliche und personelle Verbindung zu den praktischen politischen Auseinandersetzungen aufzunehmen in der Lage sind. Die Fachfrau oder der Fachmann im privaten oder öffentlichen Planungsbüro an der Universität, aber auch der oder die arbeitslose Raumplaner(in), die (der) aus finanziellen Gründen noch nicht zur Aufgabe seines (ihres) Berufes gezwungen ist, müssen sich auf seiten derer einmischen, die an einem demokratisch gestalteten Lebensort Ruhrgebiet und der damit verbundenen Veränderung oder auch Bewahrung des materiell-räumlichen Gebrauchswertzusammenhanges Interesse haben.

Der Spontaneismus räumlicher Betroffenheit kann nämlich ohne weiteres in die Irre führen, wenn er sich nicht auf Dauer bequemt, über den Tellerrand der eigenen Probleme hinauszuschauen und bereit ist, die komplexen raumwirtschaftlichen, raumökologischen und infrastrukturellen Zusammenhänge und Verbindungen wahrzunehmen. Hier fehlt es den Betroffenen häufig an den nötigen Sachkenntnissen und Informationen, die engagierte Raumplaner im Zusammenhang mit anderen Fachleuten einbringen könnten. Genau hier wäre auch der strategische Standort einer regionalistischen Raumplanung von unten, und zwar als Brücke zwischen der kurzfristigen kleinräumlichen und erst einmal bornierten Betroffenheit der Raumbewohner und einem übergreifenden regionalen Konzept einer arbeits- und umweltorientieten Wirtschaftsweise.

Daß es des strategischen Zusammenhangs zu einem solchen Konzept jedoch nicht in jedem Fall bedarf, kann am Kampf gegen die zunehmenden Waschbergehalden im Ruhrgebiet aufgezeigt werden. Nur wenn der Protest gegen den Zechenabfall - sei es auch nur aus dem Argument der unmittelbaren räumlichen Betroffenheit heraus - räumlich konsequent, das heißt an dem geplanten Standort, geführt wird, könnten die Kohlekonzerne zu einer Produktionsweise gezwungen werden, die den gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitsplatzsicherung genauso entsprächne wie den ökologischen Forderungen nach Schutz der Landschaft. In diesem Falle wäre es also die so häufig diffamierte "Sankt-Florians-Mentalität" als Ausdruck eines erst einmal nur raumbezogenen, auf die eigene Betroffenheit begrenzten Bewußtseins, die überhaupt in der Lage wäre, dieses Ziel zu erreichen. Über ihre unmittelbare und konsequente Anwendung stellt sich hinter dem Rücken der Betroffenen erzwungenermaßen eine neue ökonomische Rationalität ein, die zwar nicht auf dem Programm der Betroffenen selbst stand, aber letztlich in ihrem Interesse funktionieren könnte.

Dortmund 1984

Band 38
Herausgegeben vom Institut für Raumplanung (IRPUD)
Fachbereich Raumplanung, Universität Dortmund

Wissenschaftlich-redaktionelle Beratung der Schriftenkommission für den vorliegenden Band:
Ursula v. Petz

Grafisch-technische Bearbeitung
Wieland Halbroth

Schreibarbeiten:
Gabriele Göbel-Mazur
Joachim Göbel
Ulrike Lichtenthäler

Fotos:
Manfred Jablonski
u.s. Nachweis

Reproduktion:
Manfred Kamm, Wolfgang Kirsten,
Rosemarie Linneke

Druck:
Schadel, 8600 Bamberg

Vertrieb:
Informationskreis für Raumplanung e.V. (IfR),
Universität Dortmund, Postfach 500500
4600 Dortmund 50

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Dortmund 1984
ISBN 3-88211-048-1